

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 9.

Charlottenburg, Freitag, den 27. Februar 1920.

Jahrg. 47.

Das Betriebsrätegesetz.

Das vielumstrittene Gesetz über die Betriebsräte ist von der Nationalversammlung in 3. Lesung mit 216 gegen 64 Stimmen angenommen. Mit seiner Veröffentlichung im „Reichsgesetzblatt“ am 4. Februar d. J. hat es Gesetzeskraft erreicht, so daß die Wahlen zu den Betriebsräten in Kürze zu erwarten sind. Unsere Mitglieder, insbesondere die Zahlstellenverwaltungen sollten sich angelegen sein lassen, sich recht bald und eingehend mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut zu machen. Wohl selten ist ein Gesetz so heftig bekämpft und sein Zustandekommen zu verhindern gesucht worden, als eben dieses Betriebsrätegesetz. Dem Ausschuß der Nationalversammlung, dem die Vorberatung des Gesetzes oblag, sind nur von Unternehmerseite allein mehr als 300 Petitionen zugegangen, die alle bezweckten, die eigentlichen Aufgaben dieses Gesetzes in ihr Gegenteil zu verkehren. Der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf, der der Nationalversammlung als Grundlage für ihre Beratungen diente, ist denn auch in seinen wesentlichsten Teilen zuungunsten der Arbeiter abgeändert worden. Die Befriedigung empfindet keiner der Interessenten am vorliegenden Gesetz. Den Unternehmern geht es wider den Strich, daß ihr bisher bestandenes alleiniges Hausrecht in den Betrieben nunmehr mit den Arbeitern und deren gesetzmäßiger Vertretung geteilt werden soll. Den Arbeitern gehen die im Gesetz gemachten Zugeständnisse nicht weit genug. In Arbeiterkreisen gehen die Meinungen über den Zweck und die Aufgaben des Gesetzes je nach dem politischen Standpunkt auch noch auseinander.

So schrieb die „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 7 zu diesem Thema: Die Unabhängige sozialdemokratische Partei und die Kommunisten als Vertreter des revolutionären Proletariats erblicken in den Betriebsräten die Organe zur Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zur Erwerbung der politischen Macht usw.

So viel schon Übereinstimmung in allen Kreisen der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft darüber besteht, daß der Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung nach wie vor mit unverminderter Schärfe zu führen ist, so sehr sind wir aber auch der Meinung, daß dieser Kampf nicht zu einem solchen zwischen Betriebsräten und Betriebsleitung werden darf. Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für den sozialen Fortschritt ist nach wie vor von den Gewerkschaften zu führen. Aus diesem Grunde müssen wir auch wünschen, daß die Betriebsräte ihre Aufgaben im innigen Konnex mit den Gewerkschaften zu lösen suchen. Nur dann, und auch nur so lange, als sich die Betriebsräte bei ihrer schweren und verantwortungsvollen Tätigkeit auf die Macht der Gewerkschaften stützen können, werden sie imstande sein, die ihnen durch das Betriebsrätegesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Vor dem mehr als gewagten Experiment, die Betriebsräte als Instrument des politischen Kampfes zu benutzen, möchten wir unsere Kollegen schon jetzt auf das nachdrücklichste warnen. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten, auf die wir noch eingehender zu sprechen kommen, wolle man vor allem darauf Rücksicht nehmen, daß gewerkschaftlich geschulte, mit den Betriebsverhältnissen vertraute Personen, die mit dem notwendigen Verantwortlichkeitsgefühl ausgestattet sind, dazu gewählt werden. Der volle Wert des Gesetzes für die Arbeiter wird sich erst bei dessen Handhabung in der Praxis zu erweisen haben. Dabei wird sich herausstellen, daß es nicht so sehr auf den Wortlaut, als auf den Geist ankommt, mit dem die Arbeiter dieses Gesetz zu erfüllen wissen werden. Außerdem ist ja auch dieses, wie überhaupt jedes Gesetz

nicht für die Ewigkeit geschrieben, sondern wird abzuändern sein, wenn sich im praktischen Gebrauch die Notwendigkeit dafür ergeben sollte.

Zunächst werden die Kollegen und Kolleginnen, die dazu berufen werden, als Betriebsräte zu fungieren, viel, sehr viel lernen müssen, um sich mit den ihnen zustehenden Funktionen vertraut zu machen. Es ist allen Ernstes zu besorgen, daß nicht überall die geeigneten Kräfte sofort vorhanden sein werden. Aus dieser Erkenntnis heraus ist an einer Reihe von Orten bereits die Einrichtung getroffen worden, besondere Kurse für Betriebsratsmitglieder einzurichten.

Es ist natürlich ganz unmöglich, im Rahmen eines Zeitungsartikels in erschöpfender Weise die Aufgaben im einzelnen zu behandeln, die der Arbeiterschaft, bezw. den Betriebsräten auf Grund dieses Gesetzes erwachsen. Auf einige der wesentlichsten Punkte kann nur aufmerksam gemacht werden.

Im § 1 des Gesetzes ist kurz der Zweck skizziert. Es heißt dort: Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten. In Betrieben, in denen weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigt, sind je ein Betriebsobmann, in Betrieben, in denen mindestens 20 Hausgewerbetreibende vorhanden, ist für diese ein besonderer Betriebsrat zu wählen.

Die Zahl der in den Betriebsrat zu wählenden Personen muß, je nach der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, mindestens 3 und höchstens 30 betragen.

In Betrieben von	20 bis	49	Arbeitnehmern	sind	3
"	"	50	"	"	5
"	"	100	"	"	6

Betriebsratsmitglieder zu wählen

In Betrieben von 20 Arbeitnehmern erhöht sich diese Zahl für je weitere 200 um 1 Mitglied, von 1000--5999 Arbeitnehmern für je weitere 500 um 1 Mitglied, von 6000 und mehr Arbeitnehmern für jede weitere 1000 um 1 Mitglied bis zur Höchstzahl von 30.

Die Arbeiter wie die Angestellten müssen, je nach dem Verhältnis ihrer Zahl im Betriebe im Betriebsrat vertreten sein.

Die dem Betriebsrat angehörenden Arbeitervertreter bilden den Arbeiter-Gruppenrat, die Angestelltenvertreter den Angestellten-Gruppenrat. Zur Regelung reiner Arbeiter- oder reiner Angestelltenfragen tritt nur der bezügliche Gruppenrat in Funktion. Nur wenn es sich um Fragen handelt, die alle Arbeitnehmer des Betriebes, Arbeiter wie Angestellte, gleichmäßig betreffen, ist der Betriebsrat berufen, diese zu regeln. Haben die Arbeiter und die Angestellten auf Grund ihrer Zahl im Betriebe und entsprechend den Bestimmungen des § 16 Anspruch auf eine größere Zahl von Vertretern im Gruppenrat, als sie Vertreter im Betriebsrat haben, dann können sie durch Ergänzungswahlen den Gruppenrat verstärken. Der Gruppenrat der Arbeiter muß mindestens 5, der der Angestellten mindestens 3 Mitglieder betragen.

Besteht der Betriebsrat aus mehr als 9 Mitgliedern (was in Betrieben von 600 und mehr Arbeitnehmern nur der Fall sein kann), dann hat er aus seiner Mitte einen Ausschuß von 5 Mitgliedern zu wählen. Sind im Betriebsrat Arbeiter und Angestellte vertreten, so müssen beide Gruppen auch eine entsprechende Vertretung im Ausschuß haben.

Nach § 50 des Gesetzes kann, sofern sich innerhalb einer Gemeinde oder wirtschaftlich zusammenhängender, nahe beieinander liegender Gemeinden mehrere gleichartige oder nach dem Betriebszweck zusammengehörige Betriebe in der Hand eines Eigentümers befinden, durch übereinstimmende Beschlüsse der Einzelbetriebsräte die Errichtung eines Gesamtbetriebsrats neben den Einzelbetriebsräten erfolgen.

Ueber die Wahlordnung werden wir in nächster Nummer unseres Blattes ausführlicher berichten.

Ueber die Aufgaben der Betriebsräte wollen wir noch einige Bemerkungen machen, zumal diese Frage eine der am meisten umstrittensten ist. Was darüber im § 1 gesagt ist, haben wir eingangs schon erwähnt. Im § 66 heißt es ausführlicher: Der Betriebsrat hat die Aufgabe, in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen.

Von manchen Seiten wird hierzu der Einwand erhoben, daß der Betriebszweck, wie es im § 1 heißt, für den Unternehmer nur darin besteht, einen möglichst hohen Profit aus dem Betriebe herauszuwirtschaften, demzufolge die Aufgabe der Betriebsräte in nichts anderem bestehen kann, als für Vermehrung des Unternehmerprofits zu sorgen. Mit solchen Wortspielereien ist natürlich den Arbeitern am wenigsten gedient. Wir dürfen nicht vergessen, daß zunächst und bis auf weiteres noch nach kapitalistischen und nicht sozialistischen Grundsätzen gewirtschaftet wird. An der Tatsache, daß von dem Wert der erzeugten Produkte ein bestimmter Teil als Profit dem Unternehmer verbleibt, ist heute noch nichts zu ändern. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß dem Arbeiter ein gerechter Teil des von ihm erzeugten Wertes verbleibt, vor allem ein größerer Teil, als das heute der Fall ist. Hat der Arbeiter aber deswegen kein Interesse an der größeren Wirtschaftlichkeit des Betriebes? Wir sagen: „Ja!“ In einem Betriebe, der mit Hängen und Würgen sich gerade noch erhält, wird es auch dem radikalsten Betriebsrat schwer möglich sein, für die Arbeiterschaft bessere Verhältnisse zu schaffen. Das ganze Gebiet der Betriebsführung ist für die Arbeiterschaft Neuland. Jetzt soll, um nur einen Moment hervorzuheben, bei Einführung neuer Arbeitsmethoden der Betriebsrat mitwirken. Vordem hat jeder Unternehmer bezw. jeder Betriebsleiter ohne jemanden vorher zu fragen, neue Arbeitsmethoden nach eigenem Gutdünken eingeführt. Wie oft ist es dabei vorgekommen, daß die Arbeiter aktiven, mindestens aber passiven Widerstand geleistet haben, auch bei Neueinführungen, die sich später als segensreich für die Arbeiter erwiesen. Gewiß kann und wird auch der Fall eintreten, daß arbeitssparende Maschinen zur Einführung gelangen, die Entlassungen von Arbeitern im Gefolge haben können. Diese würden allerdings auch ohne Betriebsräte zur Einführung gelangen. Gegen technische Fortschritte kann und darf sich eine aufgeklärte Arbeiterschaft nicht sperren. Je mehr arbeitssparende Maschinen im Produktionsprozeß Verwendung finden, um so mehr kann die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters verkürzt werden. Uebrigens haben wir schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß das Unternehmertum der feinfaserigen Industrie sich schon mit der Frage beschäftigt hat, wie eine größere Mechanisierung des Produktionsprozesses und damit eine Erübrigung der verhältnismäßig teuren menschlichen Arbeitskraft zu erzielen sei. Das Unternehmertum in der Feinfaserindustrie ist ja der Auffassung, daß gerade in dieser Industrie in dieser Beziehung bisher manches versäumt worden sei, was noch nachgeholt werden müsse. Wir meinen, daß für die Betriebsräte in unserer Industrie aus diesem Grunde manche schwierige Frage zu lösen sein wird, wobei mit Wortspielereien am wenigsten anzufangen sein wird.

Der Betriebsrat bezw. der Gruppenrat hat vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß dort, wo Tarife bestehen, diese auch von beiden Teilen innegehalten werden. Wenn, wie aus manchen Versammlungsberichten in der „Anzeiger“ hervorgeht, die Arbeitszeit freiwillig verlängert wird, oder die tariflich vereinbarte Dauer hinaus ausgedehnt wird, dann ist das eine Tarifverletzung, die nicht zugelassen werden darf. In solchem Fall werden die Betriebsräte nicht nur dem Unternehmer, sondern auch den eigenen Kollegen gegenüber Rechenschaft abbringen müssen, auf Innehaltung des Tarifes zu drängen.

Eine Anzahl von Fragen werden die Betriebsräte auch beschäftigen, die nicht nur vom Standpunkt des eigenen Betriebes, sondern vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden müssen. So wird sich mit dem Aufgabenkreis auch der wirtschaftliche Gesichtskreis der Betriebsräte vergrößern. Das wird später, wenn die Frage der Sozialisierung ihrer Lösung nahe

gekommen sein wird, von besonderem Vorteil für die Arbeiterschaft sein.

In Betrieben, die mehr als 300 Arbeiter beschäftigen, ist der Unternehmer verpflichtet, dem Betriebsrat die Bilanz vorzulegen. In Aktiengesellschaften ist dem Betriebsrat eine Vertretung im Aufsichtsrat einzuräumen. In einem Artikel in der „Neuen Zeit“ sagt der Genosse Herm. Müller hierzu: Die Arbeitnehmer werden sehr viel Geduld zum Lernen aufbringen müssen, ehe sie aus der Beteiligung im Aufsichtsrat und der Vorlegung der Bilanz Nutzen ziehen können, den sie sich versprechen.

Alles in allem kann gesagt werden, daß mit dem Betriebsrätegesetz der Demokratisierung der Betriebe der Weg frei gemacht worden ist. Es läßt sich auch nicht andeutungsweise auf das eingehen, was hierbei eigentlich besprochen werden müßte. Laufe der Zeit wird sich wahrscheinlich die Notwendigkeit herausstellen, an der Hand der Praxis des öfteren zu diesem Gesetz Stellung nehmen zu müssen.

In nächster Nummer werden wir die Wahlordnung bringen, die für die Wahl von Betriebsräten, Betriebs-Obmännern usw. Frage kommt.

Persönliche Vereinbarungen über niedrigere Löhne, als im Tarif vorgesehen, sind ungültig

In unserem Reichstarifvertrag heißt es im § 27 ausdrücklich: Die Mindestlöhne betragen usw. Das heißt also nicht anderes, als daß höhere Löhne für höhere als Mindestleistungen besonders vereinbart werden können. Jede Vereinbarung jedoch, die darauf hinausläuft, niedrigere Löhne festzusetzen, als im Tarif vorgesehen, wäre ungültig und rechtsunwirksam. Der Arbeiter würde, wenn er Klage vor Gericht erheben würde, unzweifelhaft den zu wenig gezahlten Lohn nachträglich zugesprochen erhalten. Uns will es scheinen, daß diese Rechtslage nicht allen unseren Mitgliedern bekannt ist. Das in voriger Nummer der „Anzeiger“ gestimmte Plagelied von Böckner, wonach bei der Firma Conta Löhne nur einige Mann den tariflichen Mindestlohn erzielen, scheint uns dafür Beweis zu sein. Wenn auch unsere Mitglieder nicht notwendig haben, die bürgerlichen Gerichte in Anspruch nehmen, weil im Tarifvertrag selbst Instanzen geschaffen sind, Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis, scheint uns doch notwendig, den § 1 der Bestimmungen aus der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 bekannt zu geben:

Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern durch schriftlichen Vertrag geregelt (Tarifvertrag), so sind Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. Abweichende Vereinbarungen sind jedoch wirksam, soweit sie im Tarifvertrag grundsätzlich zugelassen sind, oder soweit sie eine Änderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und im Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. An die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages.

Der Kommentar des Reichsfinanzministers Bauer aus der Druckschrift an die Nationalversammlung besagt darüber:

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 sucht einige wichtige Zweifelsfragen des Tarifrechts in einfacher Weise und sozialpolitisch neuzeitlichem Geist zu regeln. Die erste der Fragen betrifft die Abdingbarkeit der Tarifverträge. — Bisher betrachtete die große Mehrzahl der Gerichte Abänderungen der Tarifbestimmungen durch den Arbeitsvertrag (persönliche Vereinbarung) als rechtswirksam! Der Arbeitgeber konnte also, trotz seiner Beteiligung am Tarifvertrage, mit dem einzelnen Arbeiter einen geringeren Lohn als den Tariflohn vereinbaren. Dieser Zustand, in dem den Grundsätzen des allgemeinen bürgerlichen Rechts, aber nicht den Bedürfnissen eines neuzeitlichen Arbeiterrechtes entsprochen, durch die Verordnung beseitigt. Nach ihren Vorschriften können nunmehr Vereinbarungen, die von dem schriftlich abgeschlossenen Tarifvertrag abweichen, unwirksam, an ihre Stelle treten die Bestimmungen des Tarifvertrages. Nur soweit abweichende Abmachungen im Tarif grundsätzlich zugelassen sind, bleiben sie auch künftig wirksam. Hier von abgegrenzt sind abweichende Vereinbarungen nur rechtswirksam, soweit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer im Tarif vorgesehen ist. Die tariflichen Arbeitsbedingungen sind also grundsätzlich Mindestbedingungen der Arbeitnehmer, so daß z. B. ein höherer Lohn als der Tariflohn vereinbart werden kann.

Zur Anstellung von Lokalbeamten.

In letzter Zeit machen sich mehr als in früheren Jahren Veränderungen geltend (die Beschlüsse der letzten Generalversammlung wirken dieses mit), besoldete Lokalbeamte oder Geschäftsführer an Zahlstellen anzustellen.

Es sei nun einer Zahlstelle, die schon seit ca. 15 Jahren eine solche Einrichtung mit besoldetem Geschäftsführer besitzt und gerade auf diesem Gebiete über reiche Erfahrungen verfügt, gestattet, über die Aufgaben und die Tätigkeit eines solchen anzustellenden Lokalbeamten den Kollegen im Lande einige Fingerzeige zu geben.

1. Agitation und Organisation.

Die Hauptaufgabe eines Lokalbeamten muß die verstärkte Veranziehung aller noch unorganisierten Kollegen und Kolleginnen im Verbands sein, um eine erhöhte Schlagfertigkeit der Kollegenchaft auf wirtschaftlichem Gebiete zu erzielen.

Hierzu hätte er im besonderen anzustreben:

- a) Planmäßige, unausgesetzte Agitation, in Verbindung mit den Zahlstellenverhältnissen, Agitationskommissionen, Gauleitungen, in den einzelnen Fabriken und Werkstätten, wo noch unorganisierte Kollegen beschäftigt sind.
- b) Errichtung von besonderen Werbeausschüssen in jeder Branche und Fabrik (zirka 2 bis 3 Personen) zur Unterstützung des Lokalbeamten in der praktischen Agitation in den Betrieben.
- c) Förderung der Werbe- und Aufklärungsarbeit unter den Frauen in unserem Beruf.
- d) Gewinnung von Referenten und Referentinnen zur Abhaltung aufklärender Vorträge in Branchen-, Zahlstellen- u. event. öffentlichen Versammlungen für politische, gewerkschaftliche, kommunale, Konsumgenossenschaftliche, wissenschaftliche, berufliche und andere Fragen.
- e) Abfassen von Flugblättern, Flugschriften, Handzetteln und Verbreitung unter Berufsangehörigen zwecks Agitation oder sonstiger Aufklärungen.

2. Arbeitsnachweis.

Die Tätigkeit eines Lokalbeamten als Leiter eines Arbeitsnachweises und Arbeitsvermittlers ist eine seiner Hauptarbeiten. Hierbei kommt uns zu gute, daß unser soeben abgeschlossener Reichstarif die Schaffung von Arbeitsnachweisen vorsieht.

Hier große Energie und zielbewußte Tatkraft zu entfalten, um arbeitslosen Kollegen Stellen zu verschaffen, muß sein wichtigstes Ziel sein.

Außer diesen Andeutungen wäre auf diesem Gebiet die Tätigkeit wie folgt aufzufassen:

- a) Regelung der Arbeitsvermittlung.
Hierzu erzieherische Einwirkung auf die Kollegen, die Arbeitsnachweisbestimmungen, die genau zu formulieren wären, aufs schärfste zu beachten.
- b) Die Kontrolle über arbeits- oder erwerbslose Mitglieder auszuüben.
- c) Zur Propagierung des Arbeitsnachweises mit Unternehmern persönlich in Verbindung treten; durch Zirkulare und Anschreiben auf den Nachweis aufmerksam machen.
- d) Fühlungnahme mit Arbeitsnachweisen und Zahlstellen in anderen Orten zur Regelung der Arbeitsvermittlung und zum Austausch über Lohn-, Berufs- und andere die Mitglieder interessierende Fragen.
- e) Bei allen aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Lohn- oder sonstigen Differenzen (Tarifauslegungen) hat der Angestellte die Pflicht, sofort für die Mitglieder helfend einzugreifen, sei es durch telephonische oder persönliche Rücksprache mit dem Unternehmer oder durch Abfassen von Schriftstücken, Anschreiben usw.
- f) Der Angestellte hat stellesuchenden Mitgliedern Rat und Auskunft über Firmen und die dort vorhandenen Arbeitsverhältnisse zu erteilen.

3. Rassenangelegenheiten.

Neben den oben angeführten Punkten hat der Angestellte als Kassierer die gesamte Rassenverwaltung zu führen und hierbei Folgendes zu beachten und anzustreben:

- a) Für eine geregelte Beitragszahlung der Mitglieder Sorge zu tragen.
- b) Um Mitglieder vor großen Kosten zu bewahren, ist ein leichtes Beitragszahlen durch Einsetzen von Unter- und Werkskassierern zu ermöglichen. Säumige Zahler sind vom Kassierer persönlich zu besuchen und auf die Gefahren

des eventuellen Verlustes der Mitgliedschaft eindringlich aufmerksam zu machen.

- c) Auszahlung von Arbeitslosen- und Krankenunterstützungsgeldern; hierbei Ausübung von Kontrollen über Unterstützungsbeziehende.
- d) Abfassen von Statistiken über Lohn- und andere berufliche Angelegenheiten. Feststellung des Verdienstes der Mitglieder aus deren Lohnbüchern zwecks Austausch mit anderen Orten und Anfertigung von Statistiken.

4. Allgemeines.

Wenn der Lokalbeamte noch die Interessen der Organisation auf allen Gebieten vertritt, die Verbindung mit dem Hauptvorstand unterhält,

die Ausführung der Zahlstellenversammlungs- der Verwaltungs- und sonstigen Sitzungs-Beschlüsse erledigt,

die Verwaltung mit Material zur Beratung unterstützt,

Berichte an Verbandsvorstand und das Verbandsorgan „Die Ameise“ übersendet,

die gesamte Korrespondenz der Zahlstelle erledigt,

die Beschlüsse der Zahlstellenversammlungen, Verwaltungs-sitzungen ausführt, resp. überwacht,

die Verbindung mit den Gauleitern aufrechterhält, dieselben durch Berichte über die Verhältnisse in den Zahlstellen auf dem laufenden erhält,

so glaube ich, die Aufgaben und die Tätigkeit eines Lokalbeamten im großen und ganzen genügend gekennzeichnet zu haben. Ganz bestimmt wird diese Tätigkeit unsere Hauptvorstands-Beamten und Gauleiter wesentlich entlasten und diese für andere großzügige Arbeiten freimachen, und so wird die ganze Einrichtung segensreich für das ganze Verbandsleben wirken.

Luisio Apel, Berlin.

Aus unserem Berufe.

Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder erfuhr im Monat Dezember v. J. eine bedeutende Steigerung. Sie betrug 2495, gleich 10,7 v. H., bei den männlichen, 2185, gleich 11,5 v. H., bei den weiblichen Mitgliedern, zusammen 4680 oder 11,1 v. H. gegen 2395 oder 6,1 v. H. im November v. J. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage unserer Mitglieder im Dezember betrug 120 424. Es bedarf kaum einer besonderen Erwähnung, daß nur der Kohlenmangel allein die hohe Arbeitslosenziffer verschuldet.

In den Berichten der Industrie (der Unternehmer) zur Geschäftslage im Dezember wird gesagt: In der Steingutindustrie hielt sich die Beschäftigung auf dem bisherigen Stande. Das Angebot an Ware kann mit der Nachfrage nicht Schritt halten; besonders stark ist die Nachfrage aus dem Auslande, vor allem aus den bisher feindlichen Gebieten, mit denen die Verbindungen wieder angeknüpft sind. Kohlenmangel zwang in vielen Betrieben zu Einschränkungen und Arbeiterentlassungen.

Die Porzellanindustrie berichtet über gute Geschäftslage, litt aber ebenfalls stark unter Brennstoffknappheit.

Einzelne Berichte der Arbeitsnachweise und Arbeitsämter bestätigen den gleichen Sachverhalt. So heißt es im Bericht des Landesamtes für Schlesien u. a.: In der Porzellanindustrie der Waldenburger Gegend ist die Lage infolge Rohstoffmangels und Verkehrsschwierigkeiten sehr ungünstig.

Im Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung für den Freistaat Sachsen heißt es: In der Glas- und keramischen Industrie hindert der Kohlenmangel die volle Beschäftigung der Betriebe, so daß noch Arbeitslose vorhanden sind.

Im Bericht des Verbandes Thüringischer Arbeitsnachweise wird gesagt: Die Industrie der Steine und Erden bot kein erfreuliches Bild. Die Erwerbslosigkeit unter den Porzellan-, Glas- und Ziegeleiarbeitern nahm zu; die Zahl der offenen Stellen ging herunter. Hier trug die schlechte Kohlenlieferung allein die Schuld.

Das Bayerische Statistische Landesamt berichtet, daß ohne den Kohlenmangel die Beschäftigung in der Porzellan- und Glasindustrie weit besser gewesen wäre. Unter diesen Umständen dauern die Betriebseinschränkungen und -stilllegungen fort. Im Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes für Hessen, Hessen-Rassau usw. heißt es: In der Industrie der Steine und Erden unterbinden die fehlenden Kohlen jede nutzbringende Tätigkeit. Die Steingutfabrik in Staffel bei Limburg mit einer Belegschaft von über 300 Mann stellte den Betrieb ein. Eine Steingutfabrik in Schlierbach verfügt über einen großen Auftrags-

bestand, ist aber wegen Kohlenmangels nicht in der Lage, nennenswerte Warenmengen fertigzustellen.

Aus allen Berichten geht klar und deutlich hervor, daß der drückende Kohlenmangel die alleinige Schuld trägt an der umfangreichen Arbeitslosigkeit, unter der unsere Kollegenschaft in steigendem Maße leidet. Schließlich muß auch noch befürchtet werden, daß schwere Fehler in der Kohlenverteilung die ohnehin schwierige Lage, unter der die Industrie im allgemeinen, die feinkeramische Industrie im besonderen, leidet noch unnötig verschlimmert. So schrieb vor einigen Tagen der „Vorwärts“:

Verlängerte Polizeistunde. Und was sagt der Kohlenkommissar? Wir berichteten kürzlich, daß über die Verlängerung der Polizeistunde in Berlin Verhandlungen mit den Gastwirtsorganisationen schweben. Gestern fanden nun, wie uns gemeldet wird, über diese Fragen Beratungen im Ministerium des Innern statt. Das Ministerium soll der Verlängerung der Polizeistunde jetzt wohlwollend gegenüberstehen, so daß man bei den in Betracht kommenden Kreisen zurzeit die beste Hoffnung auf eine Ausdehnung der Polizeistunde bis 1 Uhr hegt.

Unter normalen Verhältnissen wäre auch unseres Erachtens gegen den 1-Uhr-Schluß der Restaurationsbetriebe kaum etwas einzuwenden. Anders stellt sich jedoch die Frage heute dar, wo die Kohlennot lebenswichtige Betriebe zu den schlimmsten Einschränkungen zwingt. Hat man auch über den Kohlenverbrauch, der ohne Zweifel durch die Verlängerung der Polizeistunde eintritt, Erhebungen angestellt? Wir können es uns schließlich noch nicht leisten, bis über die Mitternachtsstunde hinaus geheizte und erleuchtete Räume für Amusementsbedürftige offen zu halten, so lange über vielen unserer Industriewerke das Damoklesschwert der BetriebsEinstellung infolge Kohlennot schwebt. Vor allem hat hier der Kohlenkommissar ein gewichtiges Wort mitzusprechen.

Zur Illustration des oben Gesagten diene folgende Aufschrift:

Die Firmen Berliner Porzellan- und Chamottefabrik H. B. Schwarz und Sanitärporzellanmanufaktur W. Galdenberger in Spandau stehen wegen Kohlenmangels vor der BetriebsEinstellung. Abgesehen davon, daß jede stillgelegte Porzellan- und auch sonstige keramische Fabrik eine schwere Schädigung unserer Volkswirtschaft bedeutet, würden durch die Stilllegung der genannten Firmen weite Kreise in Mitleidenschaft gezogen. Die Firmen versorgen große Industriewerke, darunter die A. E. G., mit unentbehrlichem Isoliermaterial und liefern große Mengen anderweitig nicht erhältliche Artikel für wissenschaftlichen und industriellen Laboratoriumsbedarf, für Krankenanstalten usw. Nachdem der Betrieb seit Monaten unter den größten Schwierigkeiten aufrechterhalten wurde, muß nunmehr zur Stilllegung geschritten werden, wenn es nicht im letzten Augenblick der zuständigen Kohlenstelle gelingt, das an sich geringfügige, für die Aufrechterhaltung des Betriebes erforderliche Quantum Steinkohle sicherzustellen.

Die Forderung muß heißen: Keine Verlängerung der Polizeistunde auf Kosten unserer Industrie.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig für den Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens es ist, die feinkeramische Industrie in erster Linie wieder in Gang zu bringen und sie instand zu setzen, ihre Erzeugnisse ins Ausland absetzen zu können. Hier besteht die Möglichkeit, aus verhältnismäßig billigen Rohstoffen, die sämtlich im Inlande gefunden werden, hochwertige Erzeugnisse herzustellen. Schafft Kohlen für die feinkeramische Industrie; diese Forderung muß immer wieder erhoben werden, weil deren Erfüllung nicht nur im Interesse der Arbeiterchaft dieser Industrie, sondern im dringenden Interesse des Volkes gelegen ist.

Magdeburg. In der feinkeramischen Anstalt Raps & Trinte sind ernsthafte Differenzen ausgebrochen. Seit mehreren Wochen ist die Arbeiterchaft mit dem Unternehmer in Verhandlungen zwecks Anerkennung unseres Tarifs, ebenfalls verweigert er, den Tarif der Bildhauer anzuerkennen. Die Arbeiterchaft hat es satt, sich von dem Unternehmer an der Kasse herumführen zu lassen. Fortgesetzt sucht die Firma Arbeiter in der „Ameise“, wir möchten darum ersuchen, daß diese Arbeiter nicht mehr aufgenommen werden. Wir bitten die Kollegen allerorts, dieses zu beachten und Botschaft nach Magdeburg fernzuhalten. Die Angelegenheit hat sich nun so zugewandt, daß die Bildhauer in den Streik traten. Die im Porzellanarbeiterverband organisierten Kollegen und Kolleginnen erklären sich nicht angeschlossen und liegen am Sonnabend geschlossen die Arbeit nieder. Die Arbeitsangebote nach Magdeburg sind unter allen Umständen zurückzuweisen.

Vermischtes.

Teures Porzellan. Wegen Diebstahl von 6 Tellern 3 Schlüssel aus dem Brennhause der Porzellanfabrik Schindler erhielt eine Frau S. vom Landgericht Hof 3 Monate Gefängnis zugesprochen, obwohl noch mildernde Umstände angenommen wurden. Es kam Diebstahl im Rückfalle in Betracht.

Zur Gewerkschaftsorganisation in Westpolen. In den Deutschland nach dem Friedensvertrag an Polen abgetretenen Gebieten ist nach vorausgegangener Verständigung mit dem Vorkomitee und Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes „Bund der freien Gewerkschaften Westpolens“ mit dem Sitz Bydgoszcz (Bromberg) gegründet worden. Der Bund gibt ein gewerkschaftliches Blatt unter dem Titel „Freie Gewerkschaften“ heraus.

Der Bund soll den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den abgetretenen Gebieten ihre in den deutschen Verbänden erworbenen Rechte weitererkennen, insbesondere die Unterstützungseinrichtungen, Tarifverträge und sonstigen Errungenschaften erhalten und eine leistungsfähige und kraftvolle Gewerkschaftsbewegung schaffen. Wir ersuchen die uns bisher angeschlossenen Zweigvereine, dem Bund der freien Gewerkschaften in Westpolen beizutreten und ihm die Treue zu bewahren. Die Ausstreuung polnisch-nationalistischer Gewerkschaften und solcher der P. P. L. ist es den freien Gewerkschaften nicht möglich, ihren Angehörigen die erworbenen Rechte zu erhalten, sind unwahr. Die Rechte werden erhalten, wenn die Mitglieder gegenüber den Gewerkschaften nach wie vor ihre Pflichten erfüllen. Alle Abrechnungen sind an den Bundeskassierer Ernst Knobelsdorf, Bydgoszcz (Bromberg), Talstr. 2, alle sonstigen Zuschriften an den Bundesvorstand P. Stössel, ebendasselbst, zu richten.

Versammlungsberichte.

Brattendorf. Unsere heutige außerordentliche Zahlstellenversammlung umfaßte folgende Punkte: 1. Stellungnahme zum neuen Tarif. 2. Aufruf in der „Ameise“. 3. Verschiedenes. Vorsitzender eröffnete die Versammlung und wies auf den neuen Tarif hin, welcher uns einen Stoß nach rückwärts gebracht hat. Es wurde scharf bemängelt, daß wir in die Lohnklasse 2b gekommen sind, die wir nicht anerkennen können, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Kollegen und Kolleginnen der Porzellanfabrik Brattendorf und H. Weilsdorf erheben ganz energischen Protest dagegen, sie bei dem neuen Reichstarif in die Lohnklasse 2b gekommen zu sein, da unsere Lebensmittel und unsere ganzen Wirtschaftsauslagen so teuer sind und zum Teil noch mehr kosten, als in den übrigen Waldorten. Da doch mehrere unserer Waldbetriebe in Anbetracht unserer Verhältnisse in eine höhere Lohnklasse versetzt wurden, stehen wir nicht, daß wir zu 2b gehören sollen und wie überhaupt aus einer Klasse a und b geschnitten werden könnten. Welche Gründe dazu beigetragen haben, darüber bitten wir unsere Verbandsleitung um Auskunft.“ Da unsere Firma weltbekannt sein will, können wir nicht begreifen, sich so herabzusetzen. Wir fordern sämtliche Zahlstellen auf, welche in eine niedrigere Lohnklasse gekommen sind, sich unserem Protest anzuschließen.“

Infolge des Aufrufes in der „Ameise“ für den Kollegen Lorenz Lipfert gingen 640,50 Mk. ein. Lipfert sprach seinen Dank an die Zahlstellen, die sich daran beteiligten, vor allem die Zahlstelle Rodach, welche mit 83,50 Mk. an der Spitze stand. Der Kollege Emma Rüger wurde aus dem Kassafonds 15 Mk. bewilligt. Ferner wurde Klage geführt, daß sich hauptsächlich die jugendlichen Kollegen und Kolleginnen ihren Vorgesetzten gegenüber nicht einwandfrei verhalten. Vorsitzender Rauschert ermahnte dieselben, ihr Verhalten zu ändern; sollte sich aber dieses wiederholen, so werden strenge Maßnahmen ergriffen werden.

Düsseldorf. Die Zahlstelle Düsseldorf, welche in letzter Zeit einen erfreulichen Aufschwung an Mitgliedern zu verzeichnen hat, hat dazu über, einen Unterbezirk für Ratingen zu gründen, weil es möglich ist, daß die betreffenden Kollegen an den Zahlstellenberatern in Düsseldorf sich beteiligen können. Am 4. Februar 1920 öffnete der Vorsitzende Paul Heesen die sehr gut besuchte Versammlung.

* Anmerkung der Schriftleitung: Die Schaffung der Lohnklasse 2a stellt ein Entgegenkommen der Arbeitgeber dar an diejenigen Betriebsorte, die beantragt hatten, aus der 2. in die 1. Lohnklasse versetzt zu werden. Daß in Städten, in Wäldern, Lustorten, Sommerfrischen usw. bessere Verhältnisse bestehen als in rein ländlichen Orten, dürfte eine kaum zu bestreitende Tatsache sein. Auch hierin sind noch weitgehende Unterschiede vorhanden. Die Lebensverhältnisse in Städten von ausgesprochen ländlichem Charakter können günstigere sein, als in Dörfern und Marktflecken mit ausschließlicher Industriebewölkerung. Aus diesem Grunde werden die Reichs- und Landestarife fast aller Gewerkschaften eine Gliederung in Ortslohnklassen auf, die in der Regel mehr Klassen enthalten, als unser Tarif. So ganz etwas Ungewöhnliches ist die Einteilung in vier Ortslohnklassen also nicht, als es den Kollegen in Brattendorf zu sein scheint. Wenn jedoch mit der Einreihung Brattendorfs in die Lohnklasse 2b ein Fehler begangen sein sollte, dann haben die dortigen Kollegen das Recht, zu verlangen, daß das Gauschiedsamt darüber entscheide, ob Brattendorf in Klasse 2a oder 2b gehöre. Ratingen dürfte ein eventueller Antrag auch ausreichend begründet sein. In einigen allgemeinen Behauptungen ist dabei nichts anzufangen.

ung und teilte den Ratinger Kollegen mit, daß sie von nun an als Unterbezirk der Zahlstelle Düsseldorf fungieren sollen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden für den Unterbezirk Ratingen die Kollegen Karl Henne zum 2. Vorsitzenden und stellvertretenden Schriftführer, Josef Erdmann zum Unterkassierer gewählt. Beide Kollegen nahmen die Wahl dankend an und haben versichert, mit Unterstützung sämtlicher organisierten Kollegen ihr ganzes Können im Interesse des Verbandes zu verwerten. Weiter wurde festgelegt, daß jeden ersten Montag im Monat Mitgliederversammlung beim Wirt Carl Steinhäuser, Kaiserswertherstraße, abgehalten werden soll. Unter Punkt Verschiedenes wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Düsseldorf (Bezirk Ratingen) hat von dem neu abgeschlossenen Reichstarif Kenntnis genommen. Sie findet den Lohnstarif den örtlichen Verhältnissen nicht angemessen, da sogar ungelernete städtische Arbeiter der Rheinprovinz 20 bis 3,50 Mk. pro Stunde erhalten und in industriellen Betrieben der hiesigen Gegend ein Lohn von 4 bis 4,50 Mk. pro Stunde und dazu noch ein Kindergeld bewilligt ist. Wir ersuchen, in Zukunft im Interesse der Mitglieder bei Abschlüssen von Tarifen hierauf Rücksicht zu nehmen und nicht soweit hinter anderen Industriearbeitern zurückzubleiben. Wir sind entschieden gegen jeden Abschluß von Reichstarifen und fordern die Kollegen anderer Zahlstellen Rheinlands und Westfalens hierdurch auf, mit gegen solchen Tarif zu protestieren, welchen unsere Hauptverwaltung dort abgeschlossen hat, und erneuern hiermit die Forderung auf sofortige Anstellung eines Gauleiters. Die Stellung soll sofort ausgeschrieben werden.

Hörshelm. Am 31. Januar d. J. fand unsere Monatsversammlung statt. Die Versammlung war gut besucht. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und ließ die aus der Gefangenenschaft zurückgekehrten Kollegen herzlich willkommen. Außerdem dankte er den Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes, da sie der Aufforderung, an der Versammlung teilzunehmen, nachgekommen sind. (Zwischenrufe des Herrn Dienst: Wir lehnen den Dank ab.) Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Protokoll der letzten Versammlung. 3. Bericht des Arbeiterausschusses (Tarifvertrag). 4. Delegierten-Bericht des letzten Kartells. 5. Krankenkassenbericht. 6. Verschiedenes.

Der Kassenbericht mußte wegen anderer wichtiger Punkte zurückgestellt werden. Der Vorsitzende erteilte dem Schriftführer zu Punkt 2 das Wort. Gegen den Bericht wurden keine Bedenken erhoben. Punkt 3. Der Vorsitzende ergriff das Wort, um den Kollegen die Verhandlung bei der Direktion zu unterbreiten. Gleich bei Beginn seiner Rede wurde er von einem Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes niedergeschrien. (Zuruf: Lump, Arbeiterverräter!)

Der Vorsitzende, Kollege Martin, gab bekannt, daß hier Notwendigkeit herrsche und jeder sich zum Wort melden sollte. Hierauf trat Kollege Martin auf und gab nun einen ausführlichen Bericht über die Abmachungen der Fachverbände, wo der Fabrikarbeiterverband nicht zugegen war. Er erklärte den Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes, daß man ihnen schon öfter im Frieden die Hand geboten hätte, um sie zum Uebertritt zu bewegen. Leider immer ergebnislos. Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes hatte dahin gewirkt, daß die Abmachungen nur für die Mitglieder der Fachverbände Gültigkeit haben. (Zwischenrufe: Psui!) Nun müßten die Kollegen anderer Verbände die Konsequenzen tragen. Darauf erteilte er dem Kollegen Martin (Fabrikarbeiterverband) das Wort. Dieser äußerte sich dahin, daß der Vorsitzende Martin nur die Interessen der Sicher vertrete. Ein Teil der Kollegen hätte sein Mißtrauen gegen ihn ausgesprochen. Ferner betonte er, daß man hier freigewirtschaftlich organisierte Arbeiter unterdrücke. (Zwischenrufe der Porzellanarbeiterverbände: Wenden Sie sich an ihren Verband!) Es wurde noch viel dafür und dagegen gesprochen. Aber um diesen Quatsch zu veröffentlichen, ist uns das Papier der „Ameise“ zu schade. Die hiesige Verwaltung hält fest an ihrem Beschluß.

Merkung: Kollege Martin hatte noch vergessen, mitzuteilen, daß wir trotz des Höllegesetzes, das vorschreibt, daß der Arbeitererrat nur bei Entlassungen zu Rate gezogen werden sollte, erreicht haben, auch bei Einstellungen mitzuwirken, und zwar müssen alle Neueingestellten unserem Verbands beitreten.

Punkt 4. Kollege Demmerle gab einen ausführlichen Bericht über die sechswöchentliche Tätigkeit des freien Kartells. Dieser wurde mit großem Beifall entgegengenommen.

Punkt 5. Krankenkassenbericht. Hier gab Kollege Kühnel die nötige Auskunft. Der Vorsitzende dankte ihm im Namen der Zahlstelle für seine Ausführungen und mühevollen Arbeit.

Punkt 6. Verschiedenes. Der Vorsitzende nahm Stellung zu der Gauleiterfrage. Er verstand es, die dringende Wichtigkeit der Anstellung eines Gauleiters den Kollegen vor Augen zu führen. Im Saargebiet ist noch ein braches Feld. Die Firma Wilroy & Woch hatte 1914 circa 5000 unorganisierte Kollegen beschäftigt. (Zuruf: Psui!) Mettlach hat sich der christlichen Organisation angeschlossen. Doch ichreien die dortigen Kollegen nach einer freien Gewerkschaft, da der christliche Verband ihnen bis jetzt die Lohnerhöhung nach den Abmachungen vom Juni 1919 nicht erwirken konnte. Gleichzeitig appellierte er an die Kollegen unserer Schwesterfabrik Weisel, damit sie dem christlichen Verbande den Rücken kehren und sich unseren Reihen als Klassenbewußte Arbeiter anschließen möchten. Sämtliche anwesenden Kollegen unterstützten ihn in seinen Ausführungen und schloßen sich dem Protest der Zahlstellen Bonn und Düsseldorf an. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung. Wir bedauern, daß unserem Delegierten, Kollegen Bromann (Mannheim) bis jetzt noch nicht möglich war, wegen Pöschwierianteilen uns über den Verlauf der Generalversammlung zu unterrichten.

Merkung: Ich fordere den Herrn Dienst auf, mit mir einen geistigen Kampf zu führen, aber nicht mit Biergläsern und Stühlen. Auf seine Zurufe, ich gehöre nicht in das freie Kartell, kann ich ihm erwidern, daß ich eine Wahl abgelehnt hatte, erst auf Drängen der Kollegen nahm ich die Wahl an. Ferner hatten mich 2 Delegierte zum Vorsitzenden gewählt, habe aber die Wahl abgelehnt mit der Begründung, daß noch ältere Kollegen vorhanden seien, die dieses Amt besser bekleiden können. gez. R. Martin.

Fraureuth. Die am 17. Januar 1920 in Völkstädts Lokal stattgefundene Zahlstellenversammlung konnte sich eines guten Besuches erfreuen. Der Vorsitzende, Kollege Max Scheffell, eröffnete die Versammlung Punkt 8 Uhr mit folgender Tagesordnung: Punkt 1: Verlesen der Präsenzliste und des Protokolls. Punkt 2: Kassenbericht. Punkt 3: Kartellbericht. Punkt 4: Aussprache über eingereichte Forderungen. Punkt 5: Festsetzung der Diäten des Unterkassierers. Punkt 6: Verschiedenes. Kassierer Bruno Stephan verlas die Präsenzliste und gab am Schluß des Verlesens den Mitgliederbestand bekannt. Er betrug 369. Der Wunsch unseres Generaldirektors Singer, die Organisation zu zertrümmern, ist somit in die Brüche gegangen. Die hiesige Arbeiterschaft hat durch den Streik wohl und richtig erkannt, daß sie nur ihre Lage verbessern kann, wenn sie einig und geschlossen hinter ihrer Organisation steht. Nach dem Verlesen des Protokolls, welches für richtig erklärt wurde, erstattete Kassierer Bruno Stephan den Kassenbericht. Die beiden anwesenden Revisoren bekräftigten, daß sie die Kasse geprüft und für richtig befunden hätten und wurde dadurch dem Kassierer Entlastung zuteil. Kollege Erhard erläuterte in ruhiger sachlicher Weise den Kartellbericht. Er hob besonders hervor, daß das Kartell von einer Beitragserhöhung vorläufig Abstand genommen hatte. Demnächst würden Sammellisten ausgegeben werden zum Besten unserer „notleidenden Brüder und Genossen in Oesterreich“. Zu Punkt 4 wurde eine rege Diskussion geführt. Kollege Kunze verlas die Forderungen, die die Verwaltung formuliert hatte. Dieselben setzten sich zusammen aus hauptsächlich zwei Punkten: Erhöhung der Zeit- und Uffordlöhne um 33 1/2 Prozent und Gewährung einer Wirtschaftshilfe in Form von zwei Wochen durchschnittlichen Verdiensten des betreffenden Arbeiters bzw. der Arbeiterin. Die Antwort auf unsere Forderung ließ nicht lange auf sich warten. Unser Direktor Singer sprach der Zahlstellenverwaltung das Recht ab, Forderungen aufzustellen, und lehnte sämtliche Forderungen ab. Direktor Singer erklärte schriftlich, daß, wenn die Arbeiterschaft Wünsche hätte, sie dieselben durch Vermittelung des Arbeiterausschusses an ihn gelangen lassen könnte. Die Versammlung war allgemein der Ansicht, daß, wenn der Arbeiterausschuss die Forderungen aufgestellt hat, dieselben auch abgelehnt worden wären. Es wurde daher dem Schriftführer aufgegeben, die Sache sofort beim Gauleiter Hoffmann anhängig zu machen. Die Diäten des Unterkassierers wurden von 5 auf 6 Proz. erhöht. Beim Punkt „Verschiedenes“ erwähnte Kassierer Bruno Stephan nochmals, die Kollegen möchten mehr darauf achten, daß, wenn sie krank werden, sie sich unverzüglich am ersten Tage krank melden. Er würde jetzt keine Rücksicht mehr nehmen, sondern strikte nach dem Statut verfahren. Ferner wurde den anwesenden Kollegen vom Arbeiterausschuss aufgegeben, dahingehend bei der Direktion zu wirken, daß die Kranken, die zum Arzt müssen, den Lohnausfall vergrößert bekommen. Kollege Martin Blöbberger schilderte in eingehender Weise unter anderem, daß, trotzdem jetzt bei uns Mann und Maus organisiert ist, noch sehr viel Mitglieder gibt, die nicht wissen, warum sie organisiert sind. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Kollegen, diesen Kollegen klarzumachen, daß die Versammlung der Ort ist, wo sie erfahren können, was der Zweck und der Segen einer Organisation ist. Diese Ausführungen wurden mit sehr großem Beifall aufgenommen. Hierauf Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

Hochstadt a. Main. Die Zahlstelle hielt am Sonntag, den 25. Januar 1920, ihre Monatsversammlung im Gasthof „Zum weißen Mann“ in Marktzeuln ab. Die Versammlung war sehr gut besucht. Als Tagesordnung waren drei Punkte aufgestellt. Punkt 1: Die Verteilung der Statuten für 1920 an die Mitglieder. Punkt 2: Kassenbericht vom 4. Quartal durch die Revisoren. Punkt 3: Wünsche und Anträge. Punkt 1: Der Vorsitzende hielt bei Eröffnung der Versammlung um 2 Uhr eine Ansprache an die Mitglieder über die Ziele und Zwecke unseres Verbandes und erklärte die Hauptpunkte unserer Statuten. Punkt 2: Beim Revidieren der Kasse wurde nichts beanstandet. Hierauf hielt der Vorsitzende einen kleinen Vortrag über Verwendung des Ueberschusses unserer Kasse und stellte den Antrag an die Mitglieder, die Gelder zur Agitation oder zu Vorträgen zu verwenden laut Paragraph 36 des Statuts. Punkt 3: Als Anträge wurde von der Mehrheit der Mitglieder beschlossen, die Lohngeber an den Zahltagen in Ruberts auszuzahlen. Derselbe Antrag wurde vom Arbeitgeber bereits bewilligt. Gleichzeitig verliest der Vorsitzende den Kartellbericht betreffs Stellungnahme zur Betriebsorganisation. Dann entspann sich eine rege Diskussion über die jetzigen Lohnverhältnisse. Sämtliche Anwesenden schloßen sich dem Bericht Wallhausen an. Um 5 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung und dankte sämtlichen versammelten Mitgliedern, für ihre Aufmerksamkeit, die sie ihm geschenkt haben, und beendete seinen Vortrag mit dem Wunsche, fest und tren zusammenzuhalten, um das Gewünschte zu erreichen, und betonte nochmals, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen.

Hohenberg. Die am Sonntag, den 1. Februar, stattgefundene Zahlstellenversammlung wurde um 2.30 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Mit Bedauern gibt er die abermalige Abwesenheit unseres Gauleiters bekannt, trotzdem Kollege Bredow diesmal wieder bestimmt versprochen hatte, zu erscheinen.

Nach dem Verlesen der zwei letzten Versammlungsprotokolle behandelte die Versammlung den neuen Reichstarif. Es entspann sich über die einzelnen Paragraphen eine lebhafte Debatte, speziell über die Klasseneinteilung, denn hier wurden wir in den Hintergrund gedrängt durch Gleichstellung mit einer Exportfirma. Es wurde einstimmig beschlossen, die Verzierung in die IIa-Klasse beim zuständigen Gauleiter einzureichen.

Nach Erledigung einiger Punkte schloß der Vorsitzende die überaus stark besuchte Versammlung und dankte für das zahlreiche Erscheinen.

Almenau. Die hiesige organisierte Arbeiterschaft der Porzellanindustrie zeigt in letzter Zeit auf gewerkschaftlichem Gebiete eine große Regsamkeit. So war auch die am 2. Februar im geräumigen Saale der „Sonne“ abgehaltene Versammlung übersüllt. Der Kollege Hoffmann berichtete über die letzten Tarifverhandlungen und erläuterte die wichtigsten Paragraphen des neuen Tarifs. Seien auch nicht alle Wünsche restlos erfüllt worden, so sei aber doch dieser Abschluß ein bedeutender Schritt vorwärts, da er eine fast allgemeine 50 prozentige Lohnerhöhung bringe. Dem Berichte folgte eine rege Dis-

Ruffion. Besonders waren es die „sonstigen Arbeiter“, die mit dem Abschluß nicht zufrieden sind, da ihre Löhne, unter Berücksichtigung der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse, nicht als ausreichend zu bezeichnen seien. Auch die Schaffung einer weiteren Lohnklasse wurde abfällig kritisiert. Die Genossen Hoffmann und Erdmann betonten, daß die im Tarif vorgesehenen Löhne nur Mindestlöhne seien und es läge in erster Linie an den in Frage kommenden Arbeitern, sich so bezahlen zu lassen, wie es ihren Leistungen entspräche. Was in der Kraft der Gaulleitung läge, würde ohne weiteres geschehen, auch diesen Arbeitern ihre Lage erträglicher zu gestalten. Ein von Genossen Dörzer gestellter Antrag, in kurzen Zeitperioden Arbeiterauschussmitgliederbesitzungen abzuhalten, fand einstimmige Annahme. — Für einige frange Kollegen in Almenau und Unterpörlitz soll eine Sammlung veranstaltet werden, um auch diesen schwer Geprüften ihre traurige Lage etwas zu mildern. Ferner sollen künftig für jedes frange Mitglied, wenn im Verbandsorgan dazu aufgerufen wird, 20 Mk. gewährt werden. Genosse Erdmann schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß auch die künftigen Versammlungen so zahlreich besucht sein möchten.

Jesha. Unsere am 7. Februar stattgefundene Zahlstellenversammlung war soweit sehr gut besucht, bis auf einige Mitglieder, die trotz der vielen Ermahnungen, die Versammlungen besser zu besuchen, es nicht für notwendig halten, an den Versammlungen teilzunehmen.

Die Versammlung wurde um 12 Uhr vom Vorsitzenden Karl Dieberam eröffnet. Zu Punkt 1, Verlesen des Protokolls, erhielt Kollege Paul Trappe als Schriftführer das Wort. Da keine Einwendungen erfolgten, wurde das Protokoll für genehmigt erklärt. Zu Punkt 2, Quartalsabschluß, erstattete der Kassierer Paul Böttner einen ausführlichen Bericht. Als darauf alle Kassengeschäfte als in bester Ordnung befunden erklärt waren, wurde durch Erheben von den Plätzen dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 3, Verschiedenes, erhielt Kollege Paul Böttner das Wort und erstattete einen längeren Bericht über die Erfurter Betriebsratskonferenz, wobei er ganz besonders darauf hinwies, daß bei den kommenden Wahlen nur revolutionäre Kräfte in Betracht kommen dürfen. Auch diesem Antrag stimmte der Vorsitzende, Kollege Dieberam, zu, indem er ganz besonders darauf hinwies, daß bei den kommenden Wahlen nur nach innerlicher Überzeugung gewählt werden muß, um die Nichtmänner endlich einmal beiseite zu schieben. Ferner gab Kollege Dieberam einen kurzen Bericht, wonach in Zukunft für frange Kollegen unserer Zahlstelle, sowie für die Aufrufe in der „Ameise“ eine Sammlung vorgenommen werden soll, es wurde einstimmig angenommen.

Alsdann wurden noch verschiedene betriebliche Angelegenheiten besprochen und geregelt, worauf mit einer Bitte an die Kollegen und Kolleginnen, in allen Versammlungen so zahlreich zu erscheinen, wie in der heutigen, der Vorsitzende die Versammlung um 1.25 Uhr schloß.

Mannheim. Wir nehmen Bezug auf den neuen Reichstarif in Nr. 5 der „Ameise“. Die Zahlstelle Mannheim protestiert ganz energisch gegen die der Porzellanarbeitern von Seiten der Unternehmer gebotenen minimalen Lohnerhöhungen. Ebenso muß die Zahlstelle schärfsten Protest gegen den vom Hauptvorstand ausgearbeiteten Reichstarif einlegen wegen der darin enthaltenen unzulänglichen Lohnforderungen. Um der sprunghaften Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände einigermaßen begegnen zu können, müßte die neue Lohnforderung nicht 25, sondern 100 Proz. betragen. Genosse Wollmann als Gewerkschaftler müßte sich sagen, daß dem Unternehmertum von heute jede ganz geringe Lohnerhöhung fast mit Gewalt abgerungen werden muß. Bei der fortwährenden Preisssteigerung für alle Erzeugnisse der Porzellanindustrie könnten die Unternehmer recht gut eine 100prozentige Lohnerhöhung bewilligen. Wir können nicht verstehen, warum denn gerade die Porzellanarbeiter zu den niedrigsten Löhnen zu arbeiten gezwungen sein sollen. Obgleich alle im Reichstarif festgesetzten Lohnsätze als Mindestlöhne Geltung haben, werden wohl sehr wenige unserer Verbandskollegen über diese Mindestlöhne hinauskommen. Wir fordern hiermit alle Zahlstellen auf, gegen den neuen Reichstarif zu protestieren und bitten den Hauptvorstand, in Zukunft die Interessen der Porzellanarbeiter viel energischer zu vertreten, da jetzt schon in der Metallbranche in Mannheim Stundenlöhne von 5 bis 7½ Mk. bezahlt werden. Desgleichen können sich die Mitglieder nicht einverstanden erklären, daß in der jetzigen Zeit ein Reichstarif von dreimonatlicher Dauer abgeschlossen werden kann. Wir fordern alle Kollegen und Zahlstellenverwaltungen auf, dahin zu wirken, daß das Vierklassensystem, welches nur zum Nutzen der Porzellanfabrikanten und zum Schaden der Porzellanarbeiter besteht, unter allen Umständen abgeschafft wird.

Marktredwitz. Am Dienstag, den 3. Februar, fand im Saale des Lichtbundes eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, in der Kollege, Gaulleiter Bredow, über den in Nürnberg zustandegewonnenen Tarif referierte. Bevor er die Tariffragen anschnitt, kam er auf die allgemeine Lage zu sprechen. Er führte aus, daß ein sehr großer Teil der Porzellanarbeiter nichts weiter zu tun hat, als immer zu lauern, aber sich nie um die Organisation kümmert, ja, daß sogar von einigen Kollegen über seine Person und den Hauptvorstand gesprochen wird. Denjenigen Kollegen, die die Äußerung gebrauchen, daß der Verband wäre nicht imstande, Tarife abzuschließen, möchte er nur erwidern: „Lasset einmal solchen Verhandlungen beistehen: dann werden sie gewiß anders reden.“ Er ging nun des weiteren auf die Verhandlungen ein und führte aus: Nachdem die vier Se... in Marktredwitz und Weiden im Streik standen, ist es den Bemühungen des Vorsitzenden der Demobilisierungsgesellschaft Nürnberg gelungen, außer ziemlich schwierigen Verhältnissen den Unternehmern zu einer Verständigung zu bringen. Diese fanden nun in Nürnberg unter Vorsitz der Demobilisierungsgesellschaft statt. Er legte dann in leidenschaftlichen Worten die einzelnen Paragraphen des Tarifvertrages aus. In der darauffolgenden Diskussion ergriff der Vorsitzende, Kollege Feinzer, das Wort und führte an, daß es Kollegen gibt, denen sehr wieder die Streikunterstützung zu niedrig war, da der christliche Keramik- und Steinarbeiterverband mehr angesetzt hat. Diejenigen möchten einmal die Statuten dieser beiden Verbände vergleichen, dann werden sie zu der Überzeugung kommen, daß unser Verband in Bezug auf Unterstützung bedeutend mehr leistet. Denn nur der christliche Verband vom 1. Tag an Streikunterstützung

bezahlt und unser erst vom 3. Tage ab, so wird bei uns die werkslosenunterstützung vom 3. und dort erst vom 8. Tage an bezahlt. Auch ist bei uns, den Beiträgen angemessen, dieselbe bedeutend höher. Von mehreren Kollegen wurde die Handlungsweise der „Christlichen“ angegriffen, da dieselben Streikunterstützung über das Statut hinaus gezahlt haben und nun damit Vagitation treiben. Darüber waren dieselben beleidigt und antworteten in sehr aufgebrachtem Ton, brachten sogar grobe Verleumdungen gegen den Kollegen Bredow. Es entspann sich dann eine ziemlich lebhafteste Debatte, bei der die „Christlichen“ zu kurz kamen und die von unseren Kollegen nicht zu widerlegenden Beweise nur mit Verleumdungen unwahren Behauptungen beantworteten. Es wurden dann die wesentlichen durch Kollegen Bredow noch aufgefordert, tren zur Organisation zu halten, bezüglichen möchten sich die Unorganisierten beim Porzellanarbeiterverband anmelden, da nur dort ihre Interessen richtig vertreten werden, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Plane. Bericht über die am Sonntag, den 25. Januar im „Gasthaus zum Adler“ einberufene Zahlstellenversammlung. Es hätte in Anbetracht der Tagesordnung und der ersten Zeit ein besserer Besuch aufweisen können. Gilt es doch, uns immer mehr zusammenzuschließen und fester denn je für ein großes Ganzes arbeiten. Zur Tagesordnung waren folgende Punkte zu erledigen: 1. Quartalsabschluß. 2. Stand der Lohnbewegung. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Hans Krannich, eröffnete die Versammlung, heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Ehe zur Tagesordnung übergegangen wird, macht sich für heute die Wahl eines provisorischen Schriftführers notwendig; Kollege A. Niehmann wurde dazu stimmt. — Punkt 1: Quartalsabschluß. Der Kassenbericht wurde ausführlicher Weise vom Kassierer gegeben. Verbandskasse: Einnahme 2638,49 Mk., Ausgabe 2609,56 Mk., bleibt Bestand 28,93 Mk. 12 Proz.-Fonds: Einnahme 557,95 Mk., Ausgabe 478,— Mk., bleibt 79,95 Mk. Die Bücher wurden seitens der Revisoren geprüft, alles in bester Ordnung vorgefunden. Daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Auf Sparfassenbuch Nr. 1003 ist noch ein Betrag von 54,66 Mk. vorhanden. Die Versammlung beschließt, Betrag der Vergütungskasse zu überweisen. — Punkt 2: Stand der Lohnbewegung. Der Vorsitzende gibt der Versammlung einige Sachen bekannt, welche vom Gaulleiter sowie vom Hauptvorstand eingegangen sind. Ferner gibt er das Abkommen zwischen der Zahlstelle und dem Arbeiterauschuss den Anwesenden bekannt. Wie aus den Schriftstücken zu ersehen ist, sind Unterhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer angekündigt; wir wollen wünschen, daß diese zur Zufriedenheit der Arbeiter ausfallen. Ehe zu Punkt 3 übergegangen wurde, erstattete Genosse Reil, Arnstadt, Bericht vom Verbandskassenbericht. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß die Arbeiter, die durch das Kartell geleistet worden sind, nur zugunsten der Arbeiter abgeschlossen wurden. Dem Genossen Reil wurde seine vortrefflichen Ausführungen reicher Beifall gezollt. — Punkt 3: Verschiedenes. Der Vorsitzende gibt der Versammlung bekannt, daß der seitherige Schriftführer, Karl Schüller, durch Familienverhältnisse gezwungen, der Versammlung anheimstellt, ihn von seinen Pflichten zu entheben. Die Versammlung gibt diesem statt und wählt den Kollegen Arthur Stuhl zu diesem Posten einstimmig. Der Vorsitzende ermahnt noch die Mitglieder, den nächsten Montag pünktlich einzuhalten. Weiter gibt der Vorsitzende noch bekannt, die Monatsversammlungen jeden 2. Sonntag im Monat abzuhalten, welches die Versammlung auch gutheißt. Nach verschiedenen Anfragen und Ausführungen wurde die Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

Röslau. Die am 26. Januar stattgefundene Zahlstellenversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches, fast sämtliche Mitglieder waren anwesend. Der Vorsitzende, Kollege Udermann, eröffnete die Versammlung, hieß die von der Zahlstelle Marktredwitz erschienenen Kollegen, sowie alle Anwesenden herzlich willkommen und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Punkt: Bekanntgabe des eingegangenen Auszugs aus dem Reichslohntarif. 2. Punkt: Wünsche und Anträge. Die Diskussion über den eingegangenen Auszug aus dem Reichslohntarif war sehr reg. Es rief großes Befremden hervor, daß Röslau in die Lohnklasse 2b eingereiht wurden. Dasselbe wurde damit begründet, daß die beiden Orte sich in demselben Kommunalverband befinden, wie Wunsiedel, Arzberg, Schirnding. Marktredwitz hingegen in Lohnklasse 2a eingereiht wurden. Es wurde angeführt, daß es ein Lohn für die Arbeiter ist, wenn sie mit ¼ Arbeiterbevölkerung in die Lohnklasse 2b kommen, dagegen Orte mit ungefähr der Hälfte Arbeiterbevölkerung in Lohnklasse 2a. Es wurde auf Antrag hin beschlossen, beim Ausschiedsgericht zu betragen, daß Röslau und Marktredwitz in die Lohnklasse 2a eingereiht werden. Ebenso erklärte sich die Versammlung nicht einverstanden mit dem Ergebnis der Sacharbeiterfrage und wurde beschlossen, bis jetzt von unserer Verbandsleitung geforderten Sacharbeitergruppen erneut zu fordern. Ein Kollege vom Fabrikarbeiterverband stellte Behauptung auf, die Pader wären von unserer Verbandsleitung als Sacharbeiter gefordert worden; demgegenüber erwiderte der Vorsitzende, daß dies eine bewusste Lüge ist und spricht den Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes jedes Recht ab, unsere Verbandsleitung zu kritisieren, so lange sie nicht zu unserem Verband übergetreten sind. 2. Punkt der Tagesordnung wurde folgendes einstimmig beschlossen: Der Betriebsrat soll bei der Firma vorstellig werden und für die Lösung der stehenden Anträge sorgen: 1. Für das Geschirrschleifen soll jeden Tag pro Person eine Entschädigung von 5,— Mk. (die Prozente) gezahlt werden. 2. Zu den Schwämmen der Druckerinnen, Druckerinnen usw. soll die Firma die Hälfte der Kosten übernehmen. 3. Den Brennhaus-Ofenbodenarbeitern usw. sollen Mäntel übergeben werden. 4. Den Tagelöhnern soll eine abschließbare Kabine geschaffen werden. 5. Ein Stübchen zur Benutzung bei etwa kommenden Unglücksfällen wäre sehr zu begrüßen. Ein weiterer Antrag, den Kolleginnen zur Kalkulation eine männliche Vertrauensperson beizugeben, wurde einstimmig angenommen; auch wurden 2 Kollegen und 1 Kollegin bestimmt, welche der nächsten Zahlstellenversammlung in Marktredwitz beizuwohnen. Sodann gab der Vorsitzende Schreiben vom Gewerkschaftskartell bekannt, in welchem die

innen und Kollegen aufgefordert werden, doch endlich einmal den eigenen Vereinen den Rücken zu kehren. Ein Kollege, welcher krankheitsbedingt der Fabrikkrankenkasse ist, ermahnt alle Anwesenden, die Krankenkasse nicht unnötigerweise in Anspruch zu nehmen, da sonst schon hohen Beitragssätze noch höher gesetzt werden müßten. Gauleiter Bredow war zur Versammlung eingeladen, jedoch kam keine Nachricht, daß er an der Grippe erkrankt ist, trotzdem dies allgemein bekannt war, wurde stark kritisiert, daß Kollege Bredow wieder nicht anwesend war und sich nicht um die Zahlstelle kümmern. Nach einem Appell des Vorsitzenden an die Mitglieder, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und jederzeit im Interesse des Verbandes zu wirken, fand die außerordentlich anregende Versammlung ihr Ende.

Schönwald. Die am 26. Januar 1920 tagende Zahlstellenversammlung erzielte sich wiederum eines sehr zahlreichen Besuches. In Zeichen, daß es die Mitglieder ernst nehmen, in der jetzt lebhaften Bewegung innerhalb unserer Gewerkschaft für ihre Interessen mitzuarbeiten. Der Vorsitzende, Kollege Klein, eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: Punkt 1: Geschäftliches. a) Jahresbericht von 1919. b) Kartellbericht vom 25. Januar 1920. Punkt 2: Bericht über die Tarifverhandlungen in Nürnberg. Punkt 3: Wünsche und Entwürfe. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht in einer längeren Ansprache. Zunächst gedachte er der im Kriege gefallenen Kollegen, die eine große Lücke in unserer Zahlstelle hinterlassen haben, denen wir auch ein ehrendes Andenken bewahren werden. Die Versammlung ehrte dieselben noch durch Erheben von den Sätzen. Sodann kam der Vorsitzende auf die Tätigkeit der Verwaltung zu sprechen und nachdem erörterte er die im verflochtenen Jahre stattgefundenen Verwaltungstätigkeiten, Betriebs- und Zahlstellenversammlungen. In Beweis, daß die Verwaltung nichts ungesäumt ließ und unsere schwierige Lage in dieser ersten Zeit zu verbessern suchte. Es wird auch in diesem Jahre nichts geschenkt bleiben und wir, wie schon ausdrücklich zu ersehen, ein abermaliges Kampfsjahr durchzuführen. Hieran wurde von Seiten der Versammlung das weitere Vertrauen der Verwaltung ausgesprochen und derselben durch Erheben von den Sätzen gedankt. Desgleichen erstattete der Vorsitzende auch einen Kartellbericht vom 25. Januar 1920 in ausführlicher und sachlicher Weise. Zu Punkt 2 gab Kollege Frisch den Bericht über die Tarifverhandlungen. Er gab den ganzen Verhandlungsgang bekannt, antwortete aber einstweilen als Resultat nur den Auszug der Dreiklassenanteile und die Mindestlöhne bekanntgeben. Er teilte der Versammlung mit, daß unser Ort in die Ortsklasse 2a eingestuft ist. Innerer machte er bekannt, daß, sobald der Hauptvorstand die Tarifzusammenstellung in Händen hat, er uns dieselbe alsbald zugehen lassen wird. Der Bericht, betreffs der Angelegenheiten der Wirtschaftshilfe wurde von der Versammlung zwar nicht sehr heifällig aufgenommen, der Vorsitzende führte aber aus, daß vorläufig alles in die Hand genommen werden möge. Nachdem noch einige Kleinigkeiten und untergeordnete Punkte ihre Erledigung fanden, ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder zu einem festen Zusammenschluß und wies ihnen warm ans Herz, auch in diesem Jahre treu wie bisher an ihrer Sache zu halten und schloß daraufhin die gut verlaufene Versammlung.

Tettau. Die am 2. Februar stattgefundene sehr gut besuchte Betriebsversammlung beider Betriebe von hier beschäftigte sich mit dem neuen Reichstarif. Der Vorsitzende erläuterte an Hand der „Meise“ den Vertrag nochmals ausführlich. Nach Klarlegung desselben wird zur Diskussion geschritten. Eine scharfe und rege Auseinandersetzung setzte ein. Bei sämtlichen Rednern ging die Aussprache dahin, daß der Vertrag uns im allgemeinen nicht befriedigen kann. Insbesondere wird scharf beurteilt, daß Tettau in Lohnklasse 2b gemessen ist; desgleichen fühlen sich sonstige und jugendliche Arbeiter sehr benachteiligt, und auch mit Recht. Die Vertreter unserer Organisation scheinen hier den Generalversammlungsbeschlüssen wenig Achtung zu schenken. Nach längerer Aussprache fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die sehr gut besuchte Versammlung der Zahlstellen Tettau wie Langenau nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem neuen Reichstarif. Ein solcher Abschluß konnte nur unter vollständiger Anerkennung der wirtschaftlichen Verhältnisse zustande kommen. Da diesem Vertrag unser Hauptvorstand seine Zustimmung gegeben hat, klärt die Versammlung der beiden Zahlstellen von über 300 Mitgliedern, daß sie dem Hauptvorstand das Vertrauen voll und ganz abrichtet. Die Entlohnung nach Klasse 2b weisen wir entschieden zurück und fordern in Anbetracht unserer Verhältnisse am hiesigen Ort unbedingt Verziehung in Klasse 2a.“ — Zweck Rücksprache wegen des Tarifs mit der Direktion werden als Kommissionsmitglieder: E. Stach, August Wagner und Willy Eckardt einstimmig gewählt. Dieselben werden vorstellig werden. Die neue Fabrik wird diese Angelegenheit für sich regeln. Laut Antrag wird gefordert, daß am Samstag, den 7. Februar, kategorienweise ein prozentualer Aufschlag (zur Erreichung des neuen Mindestlohnes plus 25 Proz.) und Abschaffung der Wirtschaftshilfe laut Vertrag vom 1. Januar 1920 erfolgen hat.

Vollstedt. Die am 3. Februar im „Konsum“ stattgefundene Versammlung der Zahlstellenverwaltungen von Rudolfstadt, Vollstedt und Schwarza mit sämtlichen Betriebsausschüssen beschäftigte sich eingehend mit dem neuen Reichstarif. Allgemein kam man zu der Einsicht, daß der neue Tarif wesentliche Verbesserungen gegen den früheren gebracht hat, namentlich haben sich die Erwartungen der Sachverständigen der Zeit entsprechend erfüllt. Eine größere Debatte veranlaßte aber die tarifliche Festlegung der Löhne für sonstige und Entlohnungsarbeiter. Man war allgemein der Meinung, daß die Unterschiede der Löhne zwischen Sacharbeitern und sonstigen Arbeitern entsetzlich zu groß sind. Die Versammlung ist darüber einig, daß von Seiten des Hauptvorstandes alles getan worden ist, um diesen Kollegen gerecht zu werden, und beschließt einstimmig, den Hauptvorstand zu beauftragen, bei weiteren kommenden Tarifabschlüssen dahin zu wirken, den Unterschied zwischen beiden Kategorien möglichst auszugleichen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, in kürzester Zeit eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: „Ist der Hauptvorstand zu beauftragen,

am 1. März den Tarif zu kündigen?“ Des weiteren macht der Vorsitzende, Kollege Siegel, die Betriebsausschüsse darauf aufmerksam, in den Betrieben die genaue Durchführung des Vertrages zu erwirken und etwaige Unstimmigkeiten sofort der Verwaltung zu berichten. Enttäuscht war man allgemein, daß in dem Vertrag unsere Angestelltenmitglieder vollständig ausgeschaltet sind. Kollege Siegel fordert die im Porzellanarbeiterverband organisierten Angestelltenkollegen auf, nunmehr ihre Forderungen bei der Verwaltung einzurichten, die dann das weitere besorgen will. — Zu der am 5. Februar in Erfurt stattfindenden Betriebsrätekonferenz werden die Kollegen Fiedler und Eriebiger delegiert.

Gau Schlesien und Sachsen!

Den Zahlstellen zur Kenntnisnahme, daß in unserem Gau zwei Gauabschiedsämter errichtet werden. Das erste für Schlesien (einschließlich Sorau) mit dem Sitz in Waldenburg ist bereits gebildet. Als unparteilicher Vorsitzender ist der Vorsitzende des Waldenburger Schlichtungsausschusses gewonnen worden. Die Mitglieder von unserer Seite sind: Hillmer-Waldenburg, Reichsmann-Schmiedeberg. Ersatzleute: Liffon-Altwasser, Kleiner-Nieder-Salzbrunn.

Ueber die Bildung des Gauabschiedsamtes Sachsen mit dem Sitz in Dresden sind Verhandlungen im Gange.

Alle Beschwerden der Zahlstellen sind an die Gauleitung zu richten und werden von dieser vertreten, gegebenenfalls unter Hinzuziehung von Vertretern der Betriebe.

Die Gauleitung.

Adressen-Änderungen.

Hermsdorf. Schriftführer: Emil Mölle, Sch., Reichenbacherstraße 33.

Lauscha. Der erste Revisor heißt nicht Kluge, sondern Kurze.

Mengersgereuth. Kassierer: Paul Heublein; Revisor (an Stelle Eng. Bergner): Herm. Matthes.

Neuhaldensleben. Schriftführer: Heinrich Schreiber, Dreher, Süplingerstr. 19a.

Oberkohan. Schriftführer: Christian Lottes, ML., Schützenstraße 269.

Osternode (Harz). Vorsitzender: Paul Fabert, Ob. Meist. 30; Revisoren: Herm. Hufung, Eherenbergerstraße; Ernst Wusch, Freiheit 16.

Suhl. Kassierer: Carl Thormwald, wohnt jetzt Schlenkerstraße 53 b.

Quittung.

Für unseren Kollegen Max Friede gingen noch folgende Beträge ein: Zahlstellen: Rabhütte 20,— Mk.; Oberkohan 20,— Mk.; Waldenburg 10,— Mk. Zusammen: 50,— Mk. Bereits quittiert 814,65 Mk. In Summa: 864,65 Mk.

Für die Zahlstelle Neuhaus a. Mwa.: Paul Müller. (Eiger.)

Briefkasten.

Versammlungsberichte aus Ebernord und Hlftadt mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Sterbetafel.

Breslau. Bruno Tieke, Brennhausarbeiter, geboren am 8. Dezember 1897 in Breslau, gestorben am 7. Februar an der Grippe. Mitglied seit 1919.

— Emilie Czarnik, Gießerin, geboren am 15. März 1895 in Groß-Weigelsdorf, gestorben am 11. Februar an der Grippe. Mitglied seit 1919.

Eisenberg. Kurt Storch, Malerlehrling, geboren am 26. Mai 1902 zu Eisenberg, gestorben am 12. Februar an Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

Elsterwerda. Ida Kleinmann, Verpuherin, geboren am 15. Mai 1882 in Baischa, Kreis Liebenwerda, gestorben am 3. Februar an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

Judenbach. August Hammerichmidt, Dreher, geboren am 9. November 1874 in Judenbach, gestorben am 2. Februar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1895.

Schönwald. Wilhelm Werner, Dreher, geboren am 14. Oktober 1882 in Rehau, gestorben am 31. Januar an Nieren- und Blasenleiden. Mitglied seit 1910. An dem Verstorbenen verliert unsere Zahlstelle einen allezeit dienstbereiten, für die Arbeiterinteressen tätigen Kollegen, dessen wir immer in Ehren gedenken werden.

Schwarza. Eduard Brömel, Arbeiter, geboren am 27. Februar 1856 zu Schwarza, gestorben am 10. Februar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Selb. Rosa Wolf, Verpuherin, geboren am 25. September 1878 in Selb, gestorben am 11. Februar an Lungentuberkulose. Seit 1914 Invalide. Mitglied seit 1912.

Zeitz. Marie Hilt, geboren am 25. März 1899 in Süßenberg, gestorben am 10. Februar an Grippe und Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Vollstedt. Adalbert Söffing, Former, geboren am 9. Mai 1865 in Schaala, gestorben am 11. Februar an der Grippe und Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

Waldenburg. Ida Ulrich, Druckerin, geboren am 15. Juni 1885 zu Liebichau, gestorben am 12. Februar an Grippe. Mitglied seit 1917.

Ehre ihrem Andenken!

An die Zahlstellencassierer!

Während wir bisher die grauen und gelben Karten des statistischen Reichsamtes zur monatlichen und vierteljährlichen Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit in den Zahlstellen den Kassierern jedesmal einzeln zum Fälligkeitstermin mit der „Ameise“ zugestellt hatten, haben wir nunmehr den Kassierern den Kartenbedarf für das ganze Jahr auf einmal in besonderer Sendung als Drucksache zugesandt, bezw. am 21. Februar zur Post gegeben. Wir bitten, das Kartenmaterial für den jeweiligen Bedarf gut zu verwahren. Die gelben Karten gelten, wie der Ausdruck besagt, für die mit Abschluss der Monate März, Juni, September und Dezember fällige Vierteljahresstatistik, die grauen Karten für die am Schluss der andern acht Monate fällige Monatsstatistik. Für die erstmalige Ausfertigung kommt eine graue Karte am Sonnabend, den 28. Februar, in Frage. Wir bitten, jeden Monat den auf den Karten ersichtlichen Liefertermin gewissenhaft einzuhalten.

Bisher mussten die Kassierer solche statistischen Karten vor der Absendung immer mit einer Postmarke versehen. Das darf jetzt nicht mehr geschehen, diese neuen Karten sind vielmehr unfrankiert abzusenden. Sie tragen zwar den Vermerk „Portopflichtige Dienstsache“, aber die Portokosten trägt nicht der Absender, auch nicht der Empfänger, sondern das Reich. Wer also diese Karten frankiert, wirft Geld weg.

Kassierer, die noch im Besitz von älteren Karten sind, die nicht den Vermerk „Portopflichtige Dienstsache“ tragen, müssen dieselben, um Verwechslungen zu vermeiden, vernichten, denn ihre versehentliche Verwendung würde Estrafporto veranlassen.

Das Verbandsbureau.

Zahlstelle Selb.

Gemäß Beschluss der Zahlstellenversammlung vom 2. Februar 1920 sind die Bureaustunden in folgender Weise festgesetzt worden: Vormittags von 8 bis 1 Uhr, nachmittags von 2 bis 7 Uhr; Samstags von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 4 Uhr. — Sonn- und Feiertage bleibt das Bureau geschlossen.

Zuschriften in Kassenangelegenheiten sind zu richten an Hermann Böner, Gartenstraße 35. Alle anderen Zuschriften usw. an Erhard Reisch, Gartenstr. 33. Telefonruf Nr. 59.

Zahlstelle der Porzellanarbeiter Selb.

Aufruf.

Unser Mitglied, Dreher Wilhelm Günther, ist seit 2 Jahren lungenkrank und arbeitsunfähig. Unsere Zahlstelle hat G. schon wiederholt unterstützt, jedoch sind wir allein nicht imstande, die Not von unserem Kollegen fernzuhalten.

Wir bitten, unseren Kollegen unterstützen zu wollen. Geldleistungen sind zu richten an den Kassierer Rudolf Weiß, Goldblauer bei Suhl (Thüringen), Hauptstr. 148.

Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Für die Zahlstelle Goldblauer.
Der Vorsitzende: Emil Schübel.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Arzberg. Sonnabend, 13. März, abends 7 Uhr, im Saale des Konsumvereins.

Düsseldorf. Montag, den 1. März, abends pünktlich 7 Uhr, bei Steinhäuser: Mitgliederversammlung für den Bezirk Ratingen.

Sonntag, den 7. März, Punkt 10½ Uhr, bei Rib, Zahnstraße: Mitgliederversammlung für Düsseldorf. In beiden Versammlungen sehr wichtige Tagesordnung.

Gräfenhain. Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Steiger“.

Gräfenhain. Sonntag, 29. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Thüringer Hof“ in Taubenbach für die Betriebe in Piesau, Bod und Leich, Taubenbach und Lippelsdorf.

Leipzig. Sonnabend, 28. Februar, abends 6 Uhr, im „Parthenischlöchen“ in Lancha, Leipzigerstraße. Zugverbindung 5,20 Uhr ab Eilenburger Bahnhof.

Treuenhagen. Sonnabend, den 6. März, abends 8 Uhr, in der Branerei.

Weißwasser. Montag, den 1. März, bei Handrit.

Zur Beachtung für die Zahlstellencassierer!

Die in der letzten Zeit eingelangten Anträge auf Arbeitslosenunterstützung und Krankmeldungen lassen erkennen, daß recht viele Kassierer bei Berechnung der Unterstützungsbeträge den 29. Februar nicht miteinbeziehen. Soweit dieser Fehler bis jetzt in Erscheinung getreten ist, wird nicht in jedem einzelnen Fall deshalb an die Kassierer eine Berichtigung geschickt, sondern es werden hierdurch alle Kassierer darauf hingewiesen, ihre Berechnungen nochmals nachzuprüfen und richtigzustellen. Es ist in keinem Falle im (alten) Etatat dergetragene Unterstützungsbeträge überschritten.

Alle in der Berechnungstabelle zur Berechnung der Dauer des Unterstützungszugangs des arbeitslosen Mitglieds berechneten Unterstützungsdauern enden einen Tag früher, solange der 29. Februar in Betracht kommt.

Das Verbandsbureau.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Paul Garburger gingen noch folgende Beträge ein: Zahlstelle Plauen 10,— Mk.; Rodach 10,— Mk. Summa: 20 Mk. Bereits quittiert 506,— Mk. Insgesamt 526,— Mk. Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Für die Zahlstelle Pirna. Der Kassierer: Binzenz Schreiner.

Quittung.

Für unser Mitglied Florenz Lipfert gingen noch folgende Beträge ein: Zahlstelle Güttensteinach 10,— Mk.; Zahlstelle Plauen 10,— Mk.; Zahlstelle Walzburg 10,— Mk.; zusammen 30,— Mk. Bereits quittiert 660,50 Mk.; Summa 690,50 Mk. Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Für die Zahlstelle Brattenberg.
Der Kassierer: Hermann Rühl.

Arbeitsmarkt.

Junger Terrakottamaler, 23 Jahre alt, lebendig, mit sämtlichen der Terrakottabranche vorkommenden Malereien vertraut, sucht Stelle. Offerten unter „F. E. 15“ an die Redaktion der „Ameise“.

Terrakottamaler, 30 Jahre, eingearbeitet auf Wandmalerei, Möbel, Vasen usw., sucht dauernde Stellung. Offerten unter „F. E. 16“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gips-Figuren-Branche!

Gips-Figuren-Gießer und -Bücher, welche an saubere und gewöhnlich sind, finden sofort oder später eine angenehme Dauerstellung zu den vereinbarten Tariflöhnen bei

Figurenfabrik Mühlhoffs Erben, Breslau, Löschstr. 20.
— Mitglieder des Verbandes werden bevorzugt! —

= Figuristen, Tonformer, Tonreusenhersteller =
zum baldigen Eintritt gesucht bei höchsten Tariflöhnen.

Terrakottafabriken Rissarth, Amos & Wilmes, Köln-Braunsfeld.

Mobellieur mit gutem, künstlerischem und praktischem Können sucht passende und dauernde Stellung in Fabrik feinste Kunst- und Luxusporzellan der Figurenbranche.

Gefl. Offerten unter E. B. 25 an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiede

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emilheimer, Langewiesen b. Elm., Tel. 111

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiede, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldhaltige Schmiede — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen
Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Stankaufgeschäft für Glanzgold, Goldschmiede u. alle goldhaltigen Stoffe.
Bestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiede, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.

= Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler =
sowie Stahlspachteln und Drehermesser liefert

Materne, Schönwald, Oberfranken.

= Porzellanplatten =
in allen Größen: rund, oval, viereckig, mit und ohne Loch, kauft weiß und bittet um Angebote der Stückzahl und des Preises.

Bruno Baum, Rudolstadt i. Th.

Arbeiter! Angestellte! Jeder muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die

Betriebsräte.

Billig, übersichtlich, praktisch, vollständig ist das Betriebsräte-Gesetz der Zukunft-Partei des Arbeitsrechts. Sof. Vorausbestellung Vorzugspreis 3,50 Mk. zuzügl. Porto und Nachnahmegebühr. Volkverlag für Politik und Verkehr, Stuttgart, Pfingststr. 269.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Kupf.
1894.
—
Beste
Bedien.



Seifert, Zwickau i. S., Osterwischstr. 32

Gold,
Platin,
Silber,
Kupfer,
und
andere

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 1.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 1.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 23